

Der Arbeiter

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

5. Jahrgang. Nr. 20.

Montag, den 16. Mai 1921.

Erscheint wöchentlich

Grenzkampf und Grenzverrat.

Zwangsläufig.

Das Kabinett, welches das Ultimatum unterschrieb, hätte in seiner persönlichen Zusammenfassung zum Ausdruck bringen sollen, daß es ein Organ deutscher Selbstverachtung ist. Neben Wirth als Vertreter Erzbergers hätte der „Bund der Vaterlandlosen“ durch Herrn von Gerlach vertreten sein sollen, wären vor allem auch die deutschen Instrumente der Sageninischen Inflationspropaganda Kabinettmitglieder werden müssen, auf daß jeder Mann im deutschen Volk sah, daß hier der deutsche Selbstverrat offiziell geworden war. Und der Feind hätte sich an ein Kabinett angeschlossen, dessen Mitglieder halten müssen, wo er glaubte, mit dem deutschen Volk zu patieren.

Wenn man umgekehrt die Haltung Götts von Verlichingens gewählt hätte, sei es auch, daß man einen Wirth unterschrieb, den Herr Briand für andere als diplomatische Zwecke gebrauchen sollte, dann hätten die Radikalen von Rechts antreten müssen. Dazu hätten als proletarische Vertreter Lanzfenberg und Wolfheim aus Hamburg mittun müssen, die zu den wenigen Arbeiterführern gehören, die noch wissen, daß das Ultimatum eine Sache des deutschen Arbeiters ist, während die Abhängigen Moskaus, die deutschen Kommunisten, für den Widerstand nach außen überhaupt kaum noch zu brauchen sind.

Keines von beiden geschah. Wie wir es beim Parlamentarismus nicht anders gewohnt sind, entstand einer der übelsten Kompromisse. Wenn auch dieser Kompromiß nichts anderes als eine bequemere Handhabe für den Franzosen ist, als sie die Unterzeichnung des Versailler Vertrages bisher bot, so befindet sich ein großer Teil des deutschen Volkes heute noch in dem Irrwahn, daß diese Politik der Selbstverachtungspolitik ist. Inzwischen geht der Gang der Ereignisse weiter und müßte eigentlich das deutsche Volk aus seiner Verlorenheit aufstehen, daß es trotz aller Gedanklosigkeit doch zu einer anderen Bestimmung kommt. Oherischeles Land, das durch die Abstimmung in seinem Hauptteil für Deutschland getreten schien, wurde durch Kühnen Raab und aufs neue entzogen. Die Interalliierte Kommission weist jetzt Korantys die Werte seines Neubauges zu und spricht sich gegen das Ergebnis deutscher Abstimmung aus. Justrecht soll Kriegensrecht schaffen, und Briand kann dem französischen Volke erklären, daß seine Politik auch gegen den englischen Willen großen Erfolg im Osten erzielt hat. Immer mehr kommt die Tendenz des französisch-englischen Abkommens durch, daß in der Tat der Franzose freie Hand in Deutschland bekommen soll. Deutsche Abstimmung verlor in letzten Raum, da der Wille des deutschen Volkes nicht dahinter blieb, da der Wille fehlte, Oberjählehen für Deutschland auch wirklich zu halten. Und der Wille wird Gewinner. Mit dem Erfolg wächst sein frecher Mut zu weiteren Taten. Auch die Korantys-Linie bleibt keine Grenze polnischer Selbstbestimmung. Sie ist jetzt das Grenzzeichen deutschen Verrats.

Die Franzosen werden weiter am Spiel bleiben. Deutsche Selbstverblendung hat eine Karte gezogen, die für ein Abzug gehalten wurde, während es sich höchstens um eine gezinkte Karte handelte. Lloyd George hat den Franzosen bestätigt, daß sie am Spiel bleiben sollen. Auch das Ruhrgebiet, deutsches Grenzland im Westen, sehen wir heute schon verraten, trotzdem es noch für ein Weiches innerhalb der deutschen Grenzen bleibt. Wenn auf das Ultimatum ein verständliches Nein ertönt wäre, dann wäre das Ruhrgebiet mit rascher Bewegung annektiert worden und das deutsche Volk hätte diesen Schlag hinnehmen müssen. Aber mit Zähneknirschen; und sein Groll wäre stark und rauhig gewachsen! Dann wäre der Schlag als offene Herausforderung gekommen und nicht von vornherein durch den Selbstverrat deutscher Regierung gedeckt gewesen. So aber gibt man ein Teufelsland nach dem andern preis.

Vielleicht wird der Franzose sich in acht nehmen, wenn er das Ziel seines Machstrebens für seinen polnischen Vasallen im Osten und für sich selber im Westen errichtet hat, es den Deutschen allzuleicht zu machen, ihre Schmach und Schande an äußeren Symbolen zu erkennen. Wir wollen den Feinde nur dankbar sein, wenn er seinen natürlichen Gefühlen nicht allzuviel Zwang antut. Nur unter dem dauernden äußeren Druck wird langsam die deutsche Selbstbestimmung erwachen. Es dahin aber wird deutsche Feigheit am Werke bleiben, einen Verrat durch den anderen zu legitimieren. Chronist.

Grenzdeutsche Heerschau.

Die Zeit am Pfingsten steht im Zeichen von Tagungen des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Es gilt ernste Arbeit am Aufbau der zerrissenen Volksgemeinschaft. Und mehr als je tut heute Sammlung und Ueberschau der verfügbaren Kräfte not; heute, wo Grenzlands-Schicksal, Grenzlands-Not täglich neuen Landstrichen deutscher Erde droht. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, der auf reiche Erfahrungen in praktischer Kulturarbeit im Grenzland und in der Diaspora zurückblicken kann, findet sich zu Pfingsten in Salzburg zusammen. Er richtet sein Hauptbestreben wieder, wie in seinen Anfängen, auf das Kerngebiet der Volkskultur, auf die deutsche Schule. Noch größere Schwierigkeiten als ehedem stellen sich heute bei der Vertreibung der Lehrmittel, bei der Entfremdung nationalstiftlicher Seidenschaft in den unreifen Staatsbildungen Osteuropas gerade der deutschen Schulpflege im Auslande entgegen. Um so wichtiger ist es, daß hier die gute Ueberlieferung fortgesetzt und auf die neuen chaotischen Verhältnisse übertragen wird.

In Klagenfurt tagen zu Pfingsten gemeinsam der Deutsche Schutzbund und Österreichs größter Schutzbund „Südmart“. Von der lebendigen Arbeit der „Südmart“ gibt die neue Zeitschrift „Deutsches Südländ“ Zeugnis, die seit einigen Wochen in Klagenfurt erscheint. Der Bund umfaßt heute bereits 1216 Bundesgruppen mit über hunderttausend Mitgliedern. Seiner tätigen Beihilfe ist nicht zum geringsten der glückliche Ausgang der Volksabstimmung in Kärnten zu danken, der durch diese Tagung noch nachträglich gefeiert werden soll. Aber die Stunde ist zu dieser, um lauter Freude Raum zu geben. Den Leiden der Brüder in Südtirol sind schwerere Bebrängungen noch in Oberschlesien gefolgt. Ueber dem Rheinland hängt trotz der bedingungslosen Unterwerfung der Regierung das Schwert des französischen Militärs. Und über die nahe Grenze Jugoslawiens hinweg bringen die verhaltenen Stimmen derer, die nicht mitsprechen können, weil unerhörter nationaler Druck auf ihnen lastet. Der Deutsche Schutzbund ist eine Arbeitsgemeinschaft. Was in den einzelnen Schutzbünden, Heimatbünden, Hilfsvereinen und nationalen Sonderorganisationen an spezialisierter Arbeit geleistet wird, will er nicht ausschalten und nicht bevorzugen, sondern auf dem Wege korporativer Bindung zu einer großen Gemeinschaftsarbeit zusammenfassen. Diese Arbeit steht in ihren Anfängen und kann nicht auf die langen Erfahrungen älterer Vereinigungen und Bünde zurückgehen. Sie braucht diese Erfahrungen als Stütze. Aber unbelastet von verjährten Gewohnungen ist das Bemühen des Deutschen Schutzbundes entschieden auf die Aufgaben eingestellt, die die Stunde erfordert. Der Deutsche Schutzbund hat sich in der Vorbereitung der Abstimmung bewährt. Nun steht er vor den schwereren Fragen, die der Anschlußwille der österreichischen Länder angeht, des unverminderten Druckes im Westen aufrollt. Große Ziele sind Vielen sichtbar, aber viel entsagende Kleinarbeit wird nötig sein, um den verengten Weg zu bahnen.

Der Schutzbund-Gedanke ist gut und fruchtbar. Er umfaßt das dringendste Gebot der Zeit für alle diejenigen, die es gelernt haben, den Bankrott der staatlichen Führung nicht in nationale Verzweiflung ausmünden zu lassen.

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Ehrliches Kabinett.

Von Eduard Stadler.

In der äußerlich zum Abschluß gebrachten politischen Arbeit wurde ununterbrochen das Schlagwort „Verantwortung“ in die Diskussion geworfen. Am entscheidenden Tage legte man allerseits die „Verantwortlichkeiten“ fest.

Die deutschnationale Partei erklärte, sie könnte die Verantwortung für die Folgen eines Ja nicht tragen, um so weniger, als sie in der Reichsregierung überhaupt nicht zur positiven Mitarbeit, zur Mitverantwortung herangezogen werde. Dafür werde sie in der Opposition mit dem ganzen Gefühl der Verantwortung die Lebensrechte des deutschen Volkes wahren.

Die Deutsche Volkspartei erklärte ihrerseits, sie könne die wirtschaftlichen Konsequenzen der ultimativen Forderungen weder vor dem deutschen Volke, noch vor der Welt verantworten, besonders dann nicht, wenn hinsichtlich Oberschlesiens und des Ruhrgebietes die Gegenseicherungen für eine Erfüllung der Verpflichtungen nicht gegeben seien. Man sei zwar bereit, einer Regierung auf breiterer Front beizutreten, um die unerträglichen Lasten auf ein Mindestmaß herabzudrücken zu helfen, aber mit Politikern, die eine deutsche Einheitsfront dem Auslande gegenüber nicht wollten, die im Gegenteil an der Zermürbung der deutschen Innenfront arbeiteten, könne man schlechterdings nicht die Verantwortung teilen. Da also auf der einen Seite die Entente die nötige Sicherung für Oberschlesien und das Ruhrgebiet nicht gebe, da andererseits die Linksparteien die Bildung einer nationalen Einheitsfront verhinderten, müsse man aus der Regierungsverantwortung ausscheiden und für die Folgen der jetzigen Politik die Ja-Sager haftbar machen.

Die Zentrumspartei erklärte, sie sei bereit, für die Annahme des Ultimatus die Verantwortung zu übernehmen. Ein Nein führe unmittelbar zur Besetzung des Ruhrgebietes und gebe den Franzosen den Mut, in der oberjählehen Frage die polnischen Forderungen sofort und reslos durchzuführen. Beide Uebel könnten nicht verantwortet werden. Man müsse deshalb das kleinere Uebel wählen. Im übrigen wären andere Kräfte für die schlimmsten Folgen der Ja-Politik verantwortlich. Die Deutsche Volkspartei sei Schuld an der Linkorientierung, zu der die Zentrumspartei jetzt gezwungen werde, und auf der anderen Seite trage die Sozialdemokratie die Verantwortung dafür, daß die nunmehr durchzuführenden wirtschaftlichen Bedrückungsmaßnahmen nicht von einer breitfundierten Regierung ausgehen könnten.

Die Demokratische Partei, die sich in ihren Entscheidungen spaltete, wollte damit die guten Folgen der Ja-Politik und der Nein-Politik zugleich verantworten und für die bösen Folgen der Annahme des Ultimatus andere verantwortlich machen. Da ihr hierbei gegenüber dem einfachen Volkssinn unheimlich zu Mute ist, möchte sie am liebsten heute schon die Basis der Verantwortung nach rechts hin verbreitern.

Die Mehrheitssozialdemokratie hat mit bemerkenswerter Mengslichkeit die Frage der Verantwortung aufgegriffen. Bevor noch feststand, was sie selbst tun würde, gab sie eine Erklärung heraus, in welcher sie alle Verantwortung für die katastrophale Lage, in der wir uns befinden, auf das Haupt aller bürgerlichen Parteien sammelte. Dabei lehnte sie die Verantwortung für die Uebernahme der Regierung ab. Sie verlangte aber gleichzeitig mit dem Gewicht ihrer 110 Stimmen, daß das Ultimatum angenommen werde. Dieser bequeme Standpunkt eines souveränen moralischen Richters konnte nicht durchgehalten werden. Man mußte die Regie-

Fahren geheiligte Parteibräutigam keine Rücksicht nehmen. Wenn heute noch der Sozialismus der C.P.D. und U.S.P. mit den Schlagworten Frieden und Freiheit arbeitet, wenn er seine Unterwerfung den Westmächten zum zweiten Male anbietet, so muß dieser Auslieferung der deutschen sozialen Revolution an die Entente alles, was Kommunist heißt, mit größter persönlicher Aufopferung entgegengetreten. In kommunistischen Arbeiterkreisen gibt man sich nicht mehr der Hoffnung einer schieblich friedlichen Liquidation des Weltfriedens hin. Niemand, der in diesen Reihen steht, hat Lust, unter einer von dem längst bloßgestellten „Weltgewissen“ inszenierten Ausbeutung dem Grabe zuzugewandeln. Man verhöhnte Amerikas Scheißdruck, noch ehe er gefällt war. Das bedeutet gesteigerte Aktivität in den kommenden Monaten. Das bedeutet weiterhin Zielsetzung einer rücksichtslosen Orientierung.

Die innerorganisatorischen Schwierigkeiten der kommunistischen Partei, die weit weniger groß sind, als die Dummheit sie betonen, werden den von den Kommunisten propagierten Weg nicht in die Gefahr einer Verlandung bringen. Der Rückzug der deutschen Außenpolitik, der Selbstbehauptungswille und vor allen Dingen der starke weltrevolutionäre Wille Auflands verpflichtet die deutschen Kommunisten fest auf ihr Ziel. Und ihr Ziel heißt Macht. Es scheint so, daß für die Wichtigkeit dieser Einstellung einer entschieden denkenden proletarischen Partei die Folgen sprechen, die sich voraussichtlich einstellen werden, sobald die Franzosen über den Rhein ziehen. Dieses Ereignis würde der Luftsturz auf einen Ausrottungskrieg gegen das deutsche Industrie-Proletariat werden. Dann werden die Kommunisten gegen die Scheinheiligkeit Front machen müssen, die in dem Versuche der Entente liegt, diesen Ausrottungskrieg auch noch moralisch zu rechtfertigen.

Diese Einstellung verlangt notwendigerweise eine zielbewusste außenpolitische Einstellung unter Zurückstellung innerpolitischer Forderungen. Wird sie möglich sein? Zurzeit scheint eine entschlossene Außenpolitik der gesamten Nation unmöglich. Dazu haben sich die sozialen und gesellschaftlichen Gegensätze seit 1918, durch die Schuld von bestimmten Kreisen, die fortgesetzt gegen die Gemeinschaft handelten, von neuem viel zu stark vertieft. Trotzdem aber wird sich die Arbeiterschaft in Kürze zu entscheiden haben, ob sie tatsächlich die Unterwerfung unter den Westen hinhinnehmen will.

Fritz Beth.

Drehbühne Berlin.

Wer heute, wie einst Lafage im Paris des 18. Jahrhunderts, den hinterden Leuten engagieren könnte, der ihn auf seinem Baubermantel umgesehen überall hintragen würde, wohin er wollte, und ihn durch sein Wunderglas Einbild nehmen ließe in das Leben und Treiben des neuen Groß-Berlin, der würde nicht weniger Stoff für eine Zeitschrift finden, wie einst der französische Dichter. Es scheint, als ob die Millionen, die jetzt durch das Gesetz über die Einheitsgemeinde auch äußerlich zu einer einzigen sozialen Gemeinschaft zusammengeschrieben sind, sich, soweit sie es verstehen, aus mehr oder minder trüblichen Quellen in den Besitz einer Anzahl der unzählbaren Geldscheine zu setzen, die sich jetzt in zehntausendfachen Flut über Deutschland ergießen, nur das eine Interesse haben, mit Hilfe dieses Mittels zu konsumieren, was noch konsumierbar ist: In schwebeligen Tafeln in Dielen und Seidenmattchen zu drassen, sich bei Langweil die Glieder in täglich größeren Formen zu verrenken, die neue Freiheit durch die Veranstaltung von Nachtzügen zu genießen und die frühe Polizeistunde, die ihnen die widerwärtige Schranke des Genüßens ist, in Reklusalen zu überlagern und in heimlichen Spielstübchen sich den Nebenreiz des Geldgewinnes wie des Geldverlustes zu verschaffen.

Die Welt, die jenseits dieser Klasse steht, ist gleichfalls nur von dem Wundre ergriffen, sich eben die Quellen zu öffnen, die jenen erschlossen scheinen. Da sie es nicht mit Schiebungen und Börsenspiel machen können, so kleiden sie ihren Reiz in das Gewand der sittlichen Entrüstung und gewinnen dadurch das Herz der bestillosen Massen, denen sie dieselben goldenen Tage versprechen, die jene anderen genießen. Ihnen ist das Mittel für den heißersehnten Zweck eines schrankenlosen Genusses der Besitz der politischen Macht. Parteisozialistische und kommunistische Gelegenheitsgründungen mit ihrem Verwaltungsapparat lassen die Großen der Proletarier sich ansummen und die Automobile, aus denen die bourgeois Vertreter des alten Systems hinauskomplimentiert worden sind, bergen sozialistische und kommunistische Stadträte und Stadträtinnen auf ihren federnden Polstern. Keine Form war so geeignet, den Zweck der Macht, den diese Kreise in Reich und Staat nicht zu erlangen vermochten, ihnen gleichsam als Schlüsselzahl auf die größere Zukunft wenigstens innerhalb eines kleinen Kreises zu sichern, als die Form des neuen Groß-Berlin. Hier wurde mit einem einzigen Federstrich ein Gemeindeförder geschaffen, aus dessen Zusammensetzung sich im vorhinem zweifellos ergab, daß alle Kräfte, die zu schaffen und zu vergeben waren, an jene Geld- und Machtgünstigen übergehen mußten, die bisher noch nicht im Besitz des Geldes und der Macht gewesen waren. Kaum einem von all denen, die auf diese Weise ihr Leben mit dem Glanz der Macht und des Besitzes übergolbet haben, scheint es klar zu sein, daß es sich hier nicht um eine Besitzfrage für wenige, sondern um eine deutsche Schicksalsfrage handelt. Selbst möglichst viel konsumieren, vielleicht auch andere konsumieren lassen, solange es noch etwas zu verzehren gibt, darauf allein ist diese neue Lebensgemeinschaft angelegt. Geldscheine sollen in die Hände der neuen Machthaber hincinkommen, mit Geldscheinen soll das Herz der Arbeiter und Angestellten, das sie als ihre Gefolgschaft notwendig haben, weiter gefüttert werden, damit es ruhig und bei der Fahne bleibt. Geldscheine sollen die Kurzarbeiter, soll das immer mehr anschwellende Heer der Arbeitslosen trösten und bei guter Laune erhalten. Kurze Arbeitszeit mit vielen Pausen, Betriebsräte mit großen Rechten, die fortwährend in alle Angelegenheiten des Betriebes hineinsprechen dürfen, sollen den Arbeitern beweisen, daß nicht nur Best, sondern auch Macht der glänzende Erfolg der Revolutionierung der alten Gesellschaft für sie gemein ist.

Das bewährte Mittel, um neue Macht und neuen Besitz immer wieder zu erlangen, ist die Schotage der Arbeit, die in zahllosen Streiks zum Ausdruck kommt. Der Unternehmer dagegen greift gleichfalls zur Sabotage und hat, da er Einstellungen und Entlassungen nicht mehr nach Belieben vornehmen darf, gegen die neuen und steigenden Machtansprüche der Arbeiterschaft, die ihm jede Arbeitsmöglichkeit raubt, kein anderes Mittel mehr, als den Behörden und den bei ihm beschäftigten Arbeitern zu erklären, daß keine Aufträge da sind; denn wo nichts ist, da hat auch der Demobilisationskommissar sein Recht verloren.

Der Akt, auf dem die neuen Machthaber Groß-Berlins sitzen, scheint allmählich so morsch zu werden, daß sie sich nicht allzulange mehr bemühen brauchen, ihn weiter selbst durchzuführen. Die Last wächst von Stunde zu Stunde und hilft den Gefahrenpunkt beschleunigt zu erreichen. Vielleicht verhindert die kommende Katastrophe die Existenz Berlins nicht für immer.

Minimax.

Verlagsnachrichten.

Das Politische Kolleg.

Nach Uebereinkunft mit der Verwaltung des Politischen Kollegs werden wir künftig unter der obigen Ueberschrift sämtliche Mitteilungen abdrucken, die für die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sowie die eingeschriebenen Gäste des Politischen Kollegs bestimmt sind. Anfragen und Mitteilungen, die das Politische Kolleg betreffen, bitten wir nicht an den Verlag oder die Schriftleitung des Gewissen, sondern an das Politische Kolleg, E. B., Berlin W. 30., Mohrstraße 22, zu richten.

Dr. Stadler spricht

am 9. Mai, abends 8 Uhr, bei der Veranstaltung des Bundes der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung in Berlin im Johann-Fall-Real-Gymnasium, Lützowstr. 84/85.

Am 10. Mai im Rahmen des Staatsbürgerlichen Fortbildungskurses der 4. Division in Dresden über „Nation und Revolution“.

Am 11. Mai in Friedrichshagen bei Berlin über „Neuer Staat und neue Führung“.

Einladung

zur Kundgebung des Bundes der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung (Ortsgruppe Berlin) am

9. Mai, abends 8 Uhr, im Johann-Fall-Real-Gymnasium, Lützowstr. 84/85.

Thema:

Wirtschaftliche Gegenwirkung gegen die englisch-französischen Zwangsmaßnahmen.

Redner:

- Pfarrer Richard Stahn, 1. Vorsitzender der Berliner Ortsgruppe,
- Staatsminister a. D. Graf Noebern,
- Universitätsprofessor Dr. Fr. Meinecke,
- Direktor Max Schneifing,
- Dr. Edward Stadler,
- Fraulein Luise Marelle,
- Max Kosiowski, Geschäftsführer der Angestellten-gewerkschaft,
- Universitätsprofessor Dr. med. Paul Lazarus,
- Professor F. Gonser,
- Geh. Reg.-Rat A. Plate,
- Pfarrer Sichtenberg, Stadtverordneter,
- Rabbiner Dr. W. B. B.
- Pfarrer Lipp.

Eintritt frei!

Bund der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung.

Ortsgruppe Berlin, W. 30, Unter den Linden 72, Rentz. 102 62. Postfachkonto Berlin 1091 81, Bankkonto O. S. Berliner Söhne, W. 30, Poststraße 18.

Verlag: „Gewissen“, Berlin W. 30, Mohrstr. 22, Fernsprecher Lützow 9820. Verantwortlicher Schriftleiter: Werner Birthe-Verlin. Druck: Arthur Schumann, Berlin SW 11, Königgräber Straße 40/41. Manuskriptsendungen sind frei zu machen (60 Pfg. Porto bei über 20g). Ueberlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn von Umständen die Rückporto beigefügt ist.

Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich. Bezug: Durch die Post M. 6.— vierteljährlich, Jahresbezug M. 20.— bei unmittelbarer Bestellung beim Verlag. Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens“ erbitten wir uns unter der Anschrift „An den Verlag „Gewissen“, Berlin W. 30, Mohrstr. 22.“ Geldsendungen erbitten wir auf Postfachkonto „Berlin 81 654 Verlag „Gewissen“ oder auf unser Konto bei der Deutschen Bank, Berlin-Schöneberg, Martin-Lutherstr. 7. Anzeigen: Die 7 gespaltene Komparatzeile M. 1.50. Die 3 gespaltene Reklamezeile M. 5.—

Bestellschein.

(Zuschneiden, ausfüllen und mit 15 Pfg. freigemacht als Drucksache unter Umschlag senden an den Verlag „Gewissen“, Berlin W. 30, Mohrstraße 22.)

Wenn Mitteilungen angefügt werden, als Brief mit 40 Pfg. (Stadtbrief) bzw. mit 60 Pfg. (für Auswärtige) freimachen!

* Herr — Frau — Fräulein

(Vor- und Zuname):

Stand oder Beruf bzw. Titel

Wohnung:

(Bitte recht deutlich schreiben!)

bestellt hiermit zu sofort. Lieferung auf Veranlassung von

Gewissen

Wochenzeitung für politische Bildung

für ein Jahr für 20 Mk. Bezugsgehalt

*) Das Bezugsgehalt habe ich auf Postcheckkonto Berlin 816 54 Verlag „Gewissen“ eingezahlt.
*) Das Bezugsgehalt bitte ich von mir einzufordern.
*) Rückzahlendes bitte streichen!

„Gewissen“-Bezieher
die unsere Zeitung beim Verlag als Jahresbezug bestellen und nach Anmeldung unsererseits beim Postzeitungsamt Berlin durch das eigene Bestellpostamt unverpackt zugestellt erhalten, brauchen keine Neubestellung aufzugeben. Wer auf ein Jahr bestellt, erhält das „Gewissen“ laufend zugestellt; der Bezug verlängert sich selbsttätig von Jahr zu Jahr. Nach Ablauf je eines Bezugsjahres erhält der Bezieher unter Umschlag eine Zahlkarte zugestellt, mittels deren das Jahresbezugsgehalt von 20 Mark unserem Postscheckkonto Berlin 81654 zu überweisen ist. Deshalb empfiehlt sich der

Jahresbezug der beim Verlag unmittelbar zu bestellen ist.

Die „Deutschen Nachrichten“
Bromberg — Welzienplatz 1
herausgegeben von der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen
enthalten Mitteilungen aus den Deutschen Organisationswerten politische Leitartikel umfassende politische Wochenübersichten Nachrichten aus dem deutschen Handwerker-, Landwirtschafts-, Turn-, Gesangs-, Theater- und Vereinswesen die wichtigsten polnischen Verfügungen und Bestimmungen mit Erläuterungen und einen wertvollen unterhaltenden Teil Sie haben sich auch zur Aufgabe gestellt

ein Bindeglied
zu sein zwischen den Deutschen in Polen und den Deutschen, die abgewandert sind. Aber auch jeder andere Deutsche erhält wertvolle Aufschlüsse über die Lage seiner deutschen Volksgenossen in Polen, wenn er die „Deutschen Nachrichten“ liest.
Daran ist es Pflicht eines jeden, das Blatt zu besitzen und zu lesen.
Der Preis beträgt für Abonnenten in Deutschland 15 Mk. vierteljährlich, die Zusendung erfolgt unter Streifenband, in Polen hohen Postlosten sind in dem Abonnementspreis schon eingeschlossen.

Verlag von Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel), Berlin
Demnächst erscheint:
Die neue Front
Herausgegeben von
**Moeller van den Bruck
Heinrich von Gleichen
Max Hildebert Boehm**

Wir suchen:
**Koeler van den Bruck
Der preussische Stil
Martin Spang
Michelangelo und die
Griechische Kapelle**
Angebote nur guterhaltener Bücher an Verlag „Gewissen“

Privatgelehrter sucht
für 4 ganze Tage in der Woche gebildet, nach Diktat stoff in die Maschine schreibende
Mitarbeiterin
auf ungefähr 2 bis 3 Monate bis zur Fertigstellung einer wissenschaftlichen Arbeit. Ausführliche Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Dr. D. W. an Verlag „Gewissen“, Berlin W. 30, Mohrstr. 22.

Ostdeutsche Monatshefte
für Kunst und Geistesleben.
Blätter der „Zunft“ und der „Deutschen Gesellschaften für Kunst und Wissenschaft in Polen“.
Schriftleitung: Carl Lange, Oliva bei Danzig.
Jährlich 12 reich illust. Hefte / Jedes Heft für sich abgeschlossen
Der Jahrgang schließt März 1921.
Lesepreis ohne jed. Heft M. 3.20 sonstgl. 20% Teuerungszuschlag
Bestellungen durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder unmittelbar beim Verlag:
Ostdeutsche Monatshefte G. m. b. H.
Danzig, Langgasse 30.

Der Spiegel
Beiträge zur sittlichen und künstlerischen Kultur
Herausgegeben von
Robert Precht

Form und Stil
Heft 21/22
Mark 2,—

Inhalt:
**Max Topp, Form und Stil
Curt Glaser, Kunstwollen
Albert Schneider, Ueber intuitive und visionäre Kunst**
**Spiegel-Verlag
Berlin W 8**

Der Arbeiter

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

3. Jahrgang. Nr. 20.

Montag, den 16. Mai 1921.

Erscheint wöchentlich

Grenzkampf und Grenzverrat.

Zwangsläufig.

Das Kabinett, welches das Ultimatum unterschrieb, hätte in seiner persönlichen Zusammenkunft zum Ausdruck bringen sollen, daß es ein Organ deutscher Selbstverwaltung ist. Neben Wirth als Vertreter Erzherzogs hätte der „Bund der Vaterlandslosen“ durch Herrn von Gerlach vertreten sein sollen, hätten vor allem auch die deutschen Instrumente der Sageninischen Inflationspropaganda Kabinettsmitglieder werden müssen, auf daß Jedermann im deutschen Volke sah, daß hier der deutsche Selbstverrat offiziell geworden war. Und der Feind hätte sich an ein Kabinett anzuwenden. Die Männer halten müssen, wo er glaubte, mit dem deutschen Volke zu paktieren.

Wenn man umgekehrt die Haltung Götz von Berlichingen gewollt hätte, sei es auch, daß man einen Wirth unterschrieb, den Herr Briand für andere als diplomatische Zwecke gebrauchen sollte, dann hätten die Radikalen von Rechts antreten müssen. Dazu hätten als proletarische Vertreter Kauffenberg und Wolfheim aus Hamburg mitzutun müssen, die zu den wenigen Arbeiterführern gehören, die noch wissen, daß das Ultimatum eine Sache des deutschen Arbeiters ist, während die Abhängigen Moskaus, die demagogischen Kommunisten, für den Widerstand nach außen überhaupt kaum noch zu brauchen sind.

Keines von beidem geschah. Wie wir es beim Parlamentarismus nicht anders gewohnt sind, entstand einer der übelsten Kompromisse. Wenn auch dieser Kompromiß nichts anderes als eine bequemere Handhabe für den Franzosen ist, als sie die Unterzeichnung des Versailler Vertrages bisher bot, so befindet sich ein großer Teil des deutschen Volkes heute noch in dem Irrwahn, daß diese Politik der Halbheit überhaupt Politik ist. Inzwischen geht der Gang der Ereignisse weiter und müßte eigentlich das deutsche Volk aus seiner Verblendung aufwachen. Daß es trotz aller Gedankenlosigkeit doch zu einer anderen Bestimmung kommt. Oberösterreichs Land, das durch die Abstimmung in seinem Hauptteil für Deutschland gerettet schien, wurde durch einen Raub uns aufs neue entzogen. Die Interalliierte Kommission weiß jetzt korrekter die Worte seines Raubzuges zu und spricht sich gegen das Ergebnis deutscher Abstimmung aus. Justrecht soll Friedensrecht schaffen, und Briand kann dem französischen Volke erklären, daß seine Politik auch gegen den englischen Willen großen Erfolg im Osten erzielt hat. Immer mehr kommt die Tendenz des französisch-englischen Abkommens durch, daß in der Tat der Franzose freie Hand in Deutschland bekommen soll. Deutsche Abstimmung verlangt in leeren Raum, da der Wille des deutschen Volkes nicht dahinter blieb, da der Wille fehlte, Oberösterreich für Deutschland auch wirklich zu halten. Und der Wille wird Gewinner. Mit dem Erfolg wächst sein frecher Mut zu weiteren Taten. Auch die Korrektheit bleibt keine Grenze polnischer Selbstbeschuldigung. Sie ist jetzt das Grenzzeichen deutscher Verrat.

Die Franzosen werden weiter am Spiel bleiben. Deutsche Selbstverblendung hat eine Karte gezogen, die für ein Abzug gehalten wurde, während es sich höchstens um eine gezinkte Karte handelte. Wohl George hat den Franzosen beifällig, daß sie am Spiel bleiben sollen. Auch das Ruhrgebiet, deutsches Grenzland im Westen, sehen wir heute schon verraten, trotzdem es noch für ein Weissen innerhalb der deutschen Grenzen bleibt. Wenn auf das Ultimatum ein entschiedenes Nein ertönt wäre, dann wäre das Ruhrgebiet mit rascher Bewegung annektiert worden und das deutsche Volk hätte diesen Schlag hinnehmen müssen. Aber mit Bähnelnischen; und sein Groll wäre stark und ruhig gewachsen! Dann wäre der Schlag als offene Herausforderung gekommen und nicht von vornherein durch den Selbstverrat deutscher Regierung gedeckt gewesen. So aber gibt man ein Stück Land nach dem andern preis.

Vielleicht wird der Franzose sich in acht nehmen, wenn er das Ziel seines Machtstrebens für seinen polnischen Basallen im Osten und für sich selber im Westen erreicht hat, es den Deutschen allzuleicht zu machen, ihre Schmach und Schande an äußeren Symbolen zu erkennen. Wir wollen dem Feinde nur dankbar sein, wenn er seinen natürlichen Gefühlen nicht allzuviel Zwang antut. Nur unter dem dauernden äußeren Druck wird langsam die deutsche Selbstbestimmung erwachen. Es dahin aber wird deutsche Tätigkeit am Werke bleiben, einen Verrat durch den anderen zu legitimieren. Chronist.

Grenzdeutsche Heerschau.

Die Zeit um Pfingsten steht im Zeichen den Tagungen des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Es gilt ernste Arbeit am Aufbau der zerrissenen Volksgemeinschaft. Und mehr als je tut heute Sammlung und Ueberschau der verfügbaren Kräfte not; heute, wo Grenzlands-Schicksal, Grenzlands-Not täglich neuen Landstrichen deutscher Erde droht. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, der auf reiche Erfahrungen in praktischer Kulturarbeit im Grenzland und in der Diaspora zurückblicken kann, findet sich zu Pfingsten in Salzburg zusammen. Er richtet sein Hauptbestreben wieder, wie in seinen Anfängen, auf das Kerngebiet der Volkskultur, auf die deutsche Schule. Noch größere Schwierigkeiten als ehemals stellen sich heute bei der Vertretung der Lehrtätigen, bei der Entfaltung nationaler Leidenschaften in den unreifen Staatsbildungen Osteuropas gerade der deutschen Schulpflege im Auslande entgegen. Um so wichtiger ist es, daß hier die gute Ueberlieferung fortgesetzt und auf die neuen chaotischen Verhältnisse übertragen wird.

In Klagenfurt tagen zu Pfingsten gemeinsam der Deutsche Schutzbund und Oesterreichs größter Schutzbund „Südmart“. Von der lebendigen Arbeit der „Südmart“ gibt die neue Zeitschrift „Deutsches Südländ“ Zeugnis, die seit einigen Wochen in Klagenfurt erscheint. Der Bund umfasst heute bereits 1216 Bundesgruppen mit über hunderttausend Mitgliedern. Seiner tätigen Beihilfe ist nicht zum geringsten der glückliche Ausgang der Volksabstimmung in Kärnten zu danken, der durch diese Tagung noch nachträglich gefeiert werden soll. Aber die Stunde ist zu düster, um lauter Freude Raum zu geben. Den Leiden der Brüder in Südtirol sind schwerere Bedrängungen noch in Oberösterreich gefolgt. Ueber dem Rheinland hängt trotz der bedingungslosen Unterwerfung der Regierung das Schwert des französischen Militarismus. Und über die nahe Grenze Jugoslawiens hinweg bringen die verhaltenen Stimmen derer, die nicht mittagen können, weil unerhörter nationaler Druck auf ihnen lastet. Der Deutsche Schutzbund ist eine Arbeitsgemeinschaft. Was in den einzelnen Schutzvereinen, Heimatländen, Hilfsvereinen und nationalen Sonderorganisationen an spezialisierter Arbeit geleistet wird, will er nicht ausschalten und nicht bevorzugen, sondern auf dem Wege korporativer Bindung zu einer großen Gemeinschaftsarbeit zusammenfassen. Diese Arbeit steht in ihren Anfängen und kann nicht auf die langen Erfahrungen älterer Vereinigungen und Bünde zurücksehen. Sie braucht diese Erfahrungen als Stütze. Aber unbelastet von verjährten Gewohnheiten ist das Bemühen des Deutschen Schutzbundes entschieden auf die Aufgaben eingestellt, die die Stunde erfordert. Der Deutsche Schutzbund hat sich in der Vorbereitung der Abstimmung bewährt. Nun steht er vor den schwereren Fragen, die der Anschließwille der österreichischen Länder angesichts des unverminderten Druckes im Westen aufrollt. Große Ziele sind Vielen sichtbar, aber viel entsagende Kleinarbeit wird nötig sein, um den beschränkten Weg zu bahnen.

Der Schutzbund-Gedanke ist gut und fruchtbar. Er umfaßt das dringendste Gebot der Zeit für alle diejenigen, die es gelernt haben, den Bankrott der staatlichen Führung nicht in nationale Verzweiflung ausmünden zu lassen.

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Ehrliches Kabinett.

Von Eduard Stadler.

In der äußerlich zum Abschluß gebrachten politischen Schrift wurde ununterbrochen das Schlagwort „Verantwortung“ in die Diskussion geworfen. Am entscheidenden Tage legte man allerseits die „Verantwortlichkeiten“ fest.

Die deutschnationale Partei erklärte, sie könnte die Verantwortung für die Folgen eines Ja nicht tragen, um so weniger, als sie in der Reichsregierung überhaupt nicht zur positiven Mitarbeit, zur Mitverantwortung herangezogen werde. Dafür werde sie in der Opposition mit dem ganzen Gefühl der Verantwortung die Lebensrechte des deutschen Volkes wahren.

Die Deutsche Volkspartei erklärte ihrerseits, sie könne die wirtschaftlichen Konsequenzen der ultimativen Forderungen weder vor dem deutschen Volke, noch vor der Welt verantworten, besonders dann nicht, wenn hinsichtlich Oberschlesiens und des Ruhrgebietes die Gegenleistungen für eine Erfüllung der Verpflichtungen nicht gegeben seien. Man sei zwar bereit, einer Regierung auf breiterer Front beizutreten, um die unerträglichen Lasten auf ein Mindestmaß herabzudrücken zu helfen, aber mit Politikern, die eine deutsche Einheitsfront dem Auslande gegenüber nicht wollten, die im Gegenteil an der Zermürbung der deutschen Innenfront arbeiteten, könne man schlechterdings nicht die Verantwortung teilen. Da also auf der einen Seite die Erlösung die nötige Sicherung für Oberschlesien und das Ruhrgebiet nicht gebe, da andererseits die Linksparteien die Bildung einer nationalen Einheitsfront verhinderten, müsse man aus der Regierungsverantwortung ausscheiden und für die Folgen der jetzigen Politik die Ja-Sager haftbar machen.

Die Zentrumspartei erklärte, sie sei bereit, für die Annahme des Ultimatus die Verantwortung zu übernehmen. Ein Nein führe unmittelbar zur Besetzung des Ruhrgebietes und gebe den Franzosen den Mut, in der oberösterreichischen Frage die polnischen Forderungen sofort und reißlos durchzuführen. Beide Uebel könnten nicht verantwortet werden. Man müsse deshalb das kleinere Uebel wählen. Im übrigen wären andere Kräfte für die schlimmsten Folgen der Ja-Politik verantwortlich. Die Deutsche Volkspartei sei Schuld an der Linksorientierung, zu der die Zentrumspartei jetzt gezwungen werde, und auf der anderen Seite trage die Sozialdemokratie die Verantwortung dafür, daß die nunmehr durchzuführenden wirtschaftlichen Bedrückungsmaßnahmen nicht von einer breitfundierten Regierung ausgehen könnten.

Die Demokratische Partei, die sich in ihren Entscheidungen spaltete, wollte damit die guten Folgen der Ja-Politik und der Nein-Politik zugleich verantworten und für die bösen Folgen der Annahme des Ultimatus andere verantwortlich machen. Da ihr hierbei gegenüber dem einfachen Volkssinn unheimlich zu Mute ist, möchte sie am liebsten heute schon die Basis der Verantwortung nach rechts hin verbreitern.

Die Mehrheitssozialdemokratie hat mit bemerkenswerter Ungleichheit die Frage der Verantwortung aufgegriffen. Bevor noch feststand, was sie selbst tun würde, gab sie eine Erklärung heraus, in welcher sie alle Verantwortung für die katastrophale Lage, in der wir uns befinden, auf das Haupt aller bürgerlichen Parteien sammelte. Dabei lehnte sie die Verantwortung für die Uebernahme der Regierung ab. Sie verlangte aber gleichzeitig mit dem Gewicht ihrer 110 Stimmen, daß das Ultimatum angenommen werde. Dieser bequeme Standpunkt eines souveränen moralischen Richteramt konnte nicht durchgehalten werden. Man mußte die Regie-

rungsverantwortung mit übernehmen. Mit unmaßnahmlieh feiger Gehe wurde dabei gleichzeitig die moralische Verantwortung abgelehnt und auf die bürgerlichen Parteien abgewälzt. Doch selbst das ging nicht mehr. Denn mit zwei von den bösen bürgerlichen Parteien ging man ja ein offizielles Regierungsbündnis ein. So wurde nun bei der künstlichen Verantwortungsverchiebung eine Schiebung vorgenommen. Es wurde jetzt erklärt, die politische Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatum liege bei den Parteien, die am meisten zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hätten.

Es ist geradezu widerlich, dieses Gerede von „Verantwortung“ und „Verantwortlichkeit“ anhören zu müssen. Wer nur einen kümmerlichen Einblick in das System des Parteiparlamentarismus besitzt, muß schon längst, daß von den Vertretern dieses Systems nur deswegen so viel von Verantwortung geredet wird, weil es das System der Verantwortungslosigkeit ist. Während der Durchschnit unserer Zeitgenossen heute erst an Leib und Seele die traurige Erfahrung machen muß, daß der Parteiparlamentarismus die Vergiftung der Mittelmäßigkeit und der Verantwortungslosigkeit ist, haben die Franzosen schon vor Jahrzehnten wissenschaftliche Untersuchungen über den Charakter der Verantwortungslosigkeit ihres Regierungssystems veröffentlicht. Lange vor dem Krieg erschien das Buch von Emil Faguet, in dem die Demokratie des Westens treffend als „Kultus der Inkompetenz“ gebrandmarkt wurde. Heute beginnen selbst deutsche Parlamentarier einzusehen, daß gerade im Parteiparlament, wo so viel in Verantwortung gemacht und in Verantwortung gehoben wird, wo vor allem so unendlich viel von Verantwortung geredet wird, an keiner Stelle wahre Verantwortung im tiefen Sinne des Wortes zu finden ist.

Die neue Regierung stellt sogar den Gipfelpunkt der Verantwortungslosigkeit dar. Birtz ist ihr Exponent. Wer ist Birtz? Der neue Reichskanzler! Was befähigt diesen Mann zum Reichskanzleramt in der heutigen unerhörten Situation? Nichts, als sein verantwortungsloser Optimismus, als sein Optimismus der Verantwortungslosigkeit. Während Augenstehende seine äußeren Beziehungen zu Erzberger untersuchen, wird meist übersehen, daß Birtz selbst ein Erzberger im Kleinen ist. Triebhafte Energie ohne Geistigkeit und hemmungsloses Demagogentum! Über gerade das legitimiert diesen Mann im Parlament. Weil er links genchm war als Radikaler, als Demagoge und als Mittelmäßigkeit, gelangt er ins führende Amt.

Das Kabinett Birtz ist nicht deshalb ein Kabinett Erzberger, weil seine Mitglieder Freunde und Förderer Erzbergers sind. Es ist bekannt, daß der Arbeitsminister Brauns seit einiger Zeit in offenem Gegensatz zu Erzberger stand. Es ist auch bekannt, daß der eine oder andere Minister gegen die Stigmatisierung der Regierung als eines Erzberger-Kabinetts auch mit innerem Recht für seine Person protestiert. Und trotzdem steht der Erzberger-Charakter dieses neuen Kabinetts fest. Denn Birtz ist ein Erzberger zweiter Garnitur und ein Intimus seines befähigteren Freundes. Da Birtz und Erzberger an Robustheit, an Sorglosigkeit, Hemmungslosigkeit und Verantwortungslosigkeit die Kollegen im Ministerium übertreffen, werden sie der Regierung ihren Stempel aufdrücken. Birtz der Robuste und Erzberger der Robustere werden den Kurs der neuen deutschen Politik bestimmen.

Die Entente wird an diesem Kabinett eine gewisse Freude haben. Die größte Freude liegt bei unserem größten Feind, die geringere Freude bei den Feinden, die uns heute schon wohlwollender gesinnt sind. Die Franzosen wollen dieses

Kabinett, wie sie in ihrer Presse andeuten, „stützen“! Sie werden ihm zwar Oberlippen und das Fuhrgebiel mit ihrer eleganten Gehe entwenden, aber dabei erklären, daß das der beste Weg sei, um die ihnen genehme Regierung am Fuhrer zu erhalten; diese solle hübsch Ja sagen zu allem, ohne zu große Intimität nach außen zu zeigen, später würde sich alles finden. Später! Und die übrigen Feinde werden sich freuen, daß in Deutschland ein Kabinett regiert, das zu den unendlichen Schwierigkeiten der Weltpolitik keine neuen Schwierigkeiten hinzufügt. Und die wenigen wirklichen Freunde, die wir draußen haben, werden an uns verzweifeln.

Im deutschen Volke wird diese neue Regierung keinen Boden finden. Sie wird rechts und links auf schärfste Opposition stoßen. Und sie wird in der Mitte keinen Halt haben.

Wir selbst scheuen uns nicht, das auszusprechen: Diese im System sagen wir den schärfsten Kampf an. Nicht um der Opposition willen, sondern weil wir nicht zugeben können, noch wollen, daß diese Verantwortlichen verantwortungslos die letzten Reste deutscher Kraft der französischen Vernichtungspolitik opfern. Was kümmert's uns, wenn diese

Aus dem Inhalt:	
Zwangsläufig.	Von Chronist.
Grenzdeutsche Heerschau.	Von Dr. Max Hildebert Boehm.
Ehrliches Kabinett.	Von Dr. Ed. Stadler.
Mussolinis Kampfansage gegen das deutsche Volk.	Von Georg v. Tschurtschenthaler (Tirol).
Verborgene Zusammenhänge.	Von Dr. Emmy Volgländer.
Sportliche Jugenderziehung.	Von Dr. Josef Klein (Düsseldorf).
Hilfsmittel der Politik.	Von Dr. W. Bäurly.
Das politische Kolleg.	Von Heinrich von Gleichen.

Herren erklären, sie wollten Oberlippen retten und das Fuhrgebiel! Mit den Erklärungen ist es nicht geschehen. Wir wissen, daß sie nicht willens sind, eine verantwortliche Politik des Kampfes zur Rettung dieser Grenzgebiete zu treiben. Wie Erzberger noch in den ersten Tagen des November 1918 das deutsche Kaiserium „retten wollte“, wenige Tage später aber als heiliger Republikaner sich aufhielt, wird auch Birtz die Industriegebiete Oberlippiens und Rheinland-Westfalens zu retten vorgeben und, wenn die Zeit kommt, mit einem sanften Augenaufschlag auf beide Gebiete verzichten.

Das Verbrecherische im Erzbergertum, das auch Birtz verkörpert, liegt darin, daß der Kampf gegen den Feind draußen grundsätzlich und praktisch abgelehnt wird, daß aber gleichzeitig der Kampf gegen innere Feinde mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln der Gewalt aufrechterhalten bleibt. Und hierin trauen wir dem Kabinett Birtz das Schlimmste zu. Wie sehen es voraus, daß dieses Kabinett in schwerster Stunde den Kampf gegen Bayern aufnehmen wird. So feige, schwach und machtlos man sich gegenüber den Polen geriert, gegen die Bayern wird man Mut aufbringen. Eine infernale Presselampagne wird man inszenieren. Und alles so anlegen, daß man dem Feinde, nämlich Bayern, die Verantwortung für die unermesslichen Grenzkatstrophen aufhalsen kann. Dieselbe Regierung wird nicht ohne Schwärzung den

Kampf gegen die stärksten Wirtschaftsführer Deutschlands aufnehmen. Erzberger brennt darauf. Und die Sozialisten feigster Objektivität haben noch stets ihre Unfähigkeit in der Wirtschaftskreform mit einem verantwortungslosen Kampf gegen die Wirtschaftsführer gedeckt. Den rücksichtslosen Kampf gegen die Wirtschaftsführer wird man vielleicht unter der Flagge der Sozialisierung nicht mehr führen. Es ist möglich, daß man das Verständnis für Frankreich so weit treibt, die Sozialisierung als Parole aufzugeben und mit einer moralischen Gehe nur das „Opfer des Besitzes“ zu fordern, während der Schieberreichtum wie nie gedeihen wird. Dieselbe Regierung wird den Kampf „gegen rechts“ führen; denn es gehört zum stummsinnigen Element dieser Kämpfer, daß sie ihren Ressentiments gegen die Rechte irgendwie Luft schaffen müssen.

Wir wollen die Front der Volksgemeinschaft im Innern und den politischen Einsatz dieser Frontkraft in dem uns aufgesetzten Kampf gegen Polen, gegen Frankreich. Eine Regierung, die sich deutsche Regierung nennt, diesen politischen Machteinfluß zu unserer letzten Selbstbehauptung aber nicht wagt, ist keine Regierung und muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

Grenzdeutsche Heerschau.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Unser Kreis hat den Vorposten derer dargestellt, die in der neuen Front des leidenschaftlichen Nationalwillens um neue Formen der Gemeinverantwortung und der völkischen Ermannung, um Erneuerung der Staatlichkeit aus den bodenstammigen Kräften des breit gelagerten deutschen Volkstums innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen kämpfen. Nicht im törichtesten Sinne des Arbeiterrechts: im Sinne der Kampfgemeinschaft um gleiche Ziele auf gleichen Wegen betrachten wir den Gedanken des korporativen Großdeutschentums auch als den unsrigen. Das Vertrauen zu den Führern dieser Bewegung messen wir nicht am Programm, sondern an der Bewährung. Die Elftäler, Ostmärker, die Deutsch-Böhmen, Balten und Tiroler unter unseren Fremden und Mitarbeitern haben das Augenmaß für das Format, das der grenzdeutsche, der großdeutsche Selbsterhaltungskampf von seinen Führern fordert. Unser Politisches Kolleg hat sich von früh an zur Aufgabe gestellt, mit den strengen Mitteln politisch-wissenschaftlicher Forschung an der Bereithaltung des Nützigen für diesen Kampf mitzuwirken. Wir haben den Blick fest auf den Führernachwuchs gerichtet und seine Schulung in unsere Arbeitsziele mit eingestellt. Das „Gemein“ und seine Freunde, die selber einen Teil ihrer Mitarbeiter an der Arbeitsstagnation in Klagenfurt mitwirken sehen, senden allen deutschen Männern und Frauen im künftigen Lande ihren trendentschen Gruß. Das Bungenland richtet hoffende Blicke auf das Grenzland, wo aus Not und Leiden Einigkeit und Opfermut und stählerner Wille zum Kampf um das Letzte aufwächst.

Wesentlichere Druck liegt in diesen Tagen auf dem Reich, schicksalhafte Entscheidungen fallen. Bindung des Volkswillens bleibt ein Ziel, das auch im verengten Rahmen des Reiches die parlamentarische Führung nicht zu erfüllen vermag. Wir halten Ausschau nach den tieferen Kräften, aus denen Gebundenheit und Aufstieg kommen soll. Mit unserer Arbeit im Kleinen streife wir uns auf dem Posten. Und es stärkt uns der Gedanke, daß auch das Grenzdeutsche Wehr bei Fuß steht. Die Stunde der neuen großdeutschen Front wird kommen. **Max Hildebert Boehm.**

„Was anders müssen wir wünschen, als daß jetzt eben Deutschland sich erkennen möge!“ **Ulrich von Hutten.**

Das Politische Kolleg.

Von Heinrich von Gleichen.

I.

Der deutsche politische Mensch in seinem Anfang und Werden, der künftige Träger der ersehnten großen deutschen Staatsgemeinschaft, kann nur durch die Schulung eines bestimmten deutschen politischen Willens wirklich herangebildet werden. Das ist nur möglich, wenn sich dieser Wille als das Lebensgesetz einer inneren deutschen Gemeinschaft erweist, deren Ziel mit voller Kraft auf bestimmte politische Tat gerichtet wird. Jegliche Art Lehre kann auf fruchtbaren Boden nur in einer solchen Gemeinschaft fallen. Wenn diese fehlt, verliert sich die Lehre im unbestimmten Raum und wirkt für das politische Leben kaum noch etwas ab. Diese Gedanken sind die geistige Grundlage, auf der das Politische Kolleg beruht.

Das deutsche Erbteil im politischen Sinne ist Willensschwäche. Es ist eine ganz besondere Art von Willensschwäche, die sich zugleich verhält und ausdrückt in einem Ueberwachen der handlungsmäßig begründeter Ziele und Formeln (Programme), und die zur unmittelbaren Folge eine harte Verengung, sei es von Einzelindividuen, sei es von Gruppenindividuen (Parteien) hat. Heute sind die Klagen über das Parteiwesen bereits zu einem von allen Parteien angenommenen politischen Gemeinplatz geworden. Aber die Lösung dieses Übels, wie sie praktisch zumeist vorgeschlagen wird, ist im Grunde keine Verschlimmerung: man sucht das „Gemeinplaz der Parteien“ herauszuarbeiten und erhofft eine neue politische Bildung durch sachliche Belehrung und Einsicht in die Notwendigkeit aller Parteiziele gegenüber den Forderungen der „Allgemeinheit“. Auf diese Art nimmt man den Parteien den letzten Stolz, den sie noch hatten. Die Parteien wollen wenigstens noch etwas. Eine solche Ueberbarkeit hat aber auch diesen Willen auf. Freilich ist es der Fehler der Parteien, daß sie eine „Allgemeinheit“ nur vorzuziehen, aber kein „Ganzes“ ergeben. Derselbe willensschwache Intellektualismus, der zur Parteiverengung führt, wähnt, das „Ganze“ sei auszufüllen durch die Aufhebung des einzelnen Willens anstatt durch seine Steigerung. Das Ganze ist aber kein Zustand, keine Summe, keine formulier-

bare Programmeinheit. Es ist eine Willenseinheit und lebt von einer in jedem Augenblicke neuen, aus bestimmten Willensgründen sich gestaltenden und die Gesamtheit ordnenden Kraft. Eine politische Schulung, die vorüberwiegend zum Ganzen strebt, kann nur hervorgehen aus härterem und umfassenderem Willen, als die Parteien ihn haben, aus einem Willen, der fähig ist, im gegebenen Augenblick ohne doktrinaire Hemmungen und Bindungen das Ganze auch darzustellen.

Diese grundsätzliche Einstellung zu politischer Schulung beruht auf der Besonderheit des deutschen Schicksals, diesem hier wie überall mächtigen und wirkungsvollen Lehrmeister. So fühlt sich die junge Willensgemeinschaft, von der wir sprechen, getrieben durch die ungeheure dreifache Lehre: des Krieges, des Zusammenbruchs und der fortwährenden Not. Krieg, das ist ihr Augusterlebnis, die Lehre von der aus tragischen Umständen in einem heiligen Augenblicke erfahrenen inneren Willenseinheit der ganzen Nation. Zusammenbruch, das ist ihr Novembererlebnis, die Lehre von der schmerzhaften Ungleichzeitigkeit und Schwäche der bisherigen deutschen politischen Führung und Formen, ein ewiger Gewissensschmerz. Dauernde Not, das ist ihr Junierlebnis, die Lehre von einer letzten Härte und Strenge des Lebens, die durch keinen frevelhaften Optimismus und kein billiges Kompromissieren weggelogen werden dürfen.

Diese drei Grundlehren des deutschen politischen Schicksals können natürlich nur zur Wirksamkeit gelangen, wenn sie von empfänglichen Menschen aufgenommen werden, mit anderen Worten: wenn die deutsche Jugend, an die wir glauben, sich bewährt.

II.

Unsere politische Willensgemeinschaft, die dazu übergegangen ist, politische Schulung in besonderem Sinne zu pflegen und zu diesem Zweck das Politische Kolleg gegründet hat, darf ihr Recht hierzu aus eigenem, wenn auch jungem, so doch kräftigem Anteil am politischen Leben ableiten. Diese Gemeinschaft, deren politische Grundlagen gezeitigt wurden, ist auch ihrer Herkunft nach ein Kind des Krieges, des Zusammenbruchs und der Not. Bereits im letzten Kriegssemester, als das Unheil schon dunkel drohte, suchten einige jüngere Politiker nach den Möglichkeiten einer festen staatlichen Führung, die den wartenden Bau halten könnte. Als die Revolution ausbrach, erkannte dieser Kreis als seine dringendste deutsche Aufgabe im höchsten politischen Sinne: die Rettung der letzten autoritären Bindungen in der allgemeinen Auflösung und damit als sofortigen aktiven Eingriff die Abwehr-

der drohenden staatsfeindlichen Gewalten. Eines der regsten Mitglieder der Gemeinschaft, Ewald Stadler, war gerade damals aus Frankreich zurückgekehrt, wo er den tiefsten Einblick in den zerstörerischen Machtkreis des Bolschewismus gewonnen hatte, und konnte seine ganze Leidenschaft zu dessen Bekämpfung aufbieten. Diese Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus war die erste Probe des Kreises. Bald hielten neue Kräfte zu ihm, und der Abwehr nach Osten trat immer bewußter und schärfer die Abwehr gegen Westen an die Seite. Und diese konnte ihr Recht nur schöpfen aus einer positiven Auffassung vom deutschen geistigen und politischen Wesen gegenüber dem weltlichen Atom-Demokratismus und seiner schrankenlosen Wirtschaftsinflation. Moller van den Bruck, der schon während des Wilhelmianischen Reichalters dem unerblicklichen geistigen Erbe der Deutschen nachgegangen war und sich um klare Herausstellung des „Preussischen Stils“ bemüht hatte, zeigte sich besonders berufen, der Abwehrbewegung im Eintreten für das Recht der jungen Völker positive, überhaltbare Ziele zu weisen. Eine glückliche Befähigung erfuhr diese deutsche Willensschau durch die Arbeit von Max Hildebert Boehm, die im Praxentatenerlebnis und in grenzdeutschen Kampferfahrungen wurzelte. Sein besonderes Verdienst ist die Verdichtung nationaler Selbsthilfe zum körperlich-geistlichen Gedanken der über die bloße Arbeitsgemeinschaft hinausweist. Im „Auf der Jungen“ und in „Arbeitskraft und Gemeinwesen“ setzte er den ausmündernden Untergangstheorien den lebendigen Glauben an leidenschaftliche Volkwerdung entgegen. Der Kampf gegen den Marxismus nahm dann mit besonderem Erfolg Albert Dietrich auf, bei dem sich eindringliche Vertiefung in die deutsche Geistesüberlieferung und in die metapolitischen Probleme unmittelbar in rechnerische Notstandsarbeit umsetzte.

Praktische Erfolge für die große Politik konnten solcher frühen Kleinarbeit nicht beschieden sein: der Vertrag von Versailles wurde unterzeichnet, Deutschland gelangte auf den tiefsten Punkt seiner staatlichen Entwürdigung. Dieser wenn auch im Argativen behutsame Augenblick bewirkte in dem Kreise eine kräftige Zusammenfassung, die zu einer äußeren und inneren Zusammenfassung im Juni-Klub führte und dort ein dauerndes enges Zusammenarbeiten und Zusammenleben möglich machte. Angesichts der bedeutenden Aufgaben erließen aber bald als Hauptbedürfnis, den politischen Willen durch eine intensive Schulung zu vertiefen und zugleich unter Verzicht auf externen Lehrtrieb zu vereinheitlichen und zu kräftigen. Der Gedanke des Politischen Kolleges wurde von diesem Zeitpunkt, Sommer 1919, an zu seiner Verwirklichung vorbereitet. Freilich bestärkten diese vorbereitenden Schritte damals außenstehende politische Persönlichkeiten in ihrem Gedanken, gerade unter Aufwand größerer

Mussolinis Kampfanzeige gegen das deutsche Volk.

Die letzten Tage und Wochen bedeuteten für das Deutschland in Südtirol bittere Schläge. Nach dem anfangs in den Tagen größter Aufregung die italienischen Behörden aus Verlangen vor einer gewalttätigen Explosion des Volkswillens antwortend mit einer gewissen Sympathie den Deutschen entgegenkam, haben sie jetzt ihr Verhalten vollkommen geändert. Einwandfreie Zeugen auf italienischer Seite, wie Luigi Barzani im „Corriere della sera“ stellten fest, dass den Deutschen jede Propagation des italienischen Elementes fern gelassen werde — man zieht dies jetzt in Zweifel. Die deutsche Presse darf nicht mehr schreiben, die Redner nicht mehr sprechen — den Gegnern aber wird jede Freiheit belassen. Derartige Maßnahmen wollen sich nicht mehr mit dem Willen des deutschen Volkes gut zu stellen, da nach Wiedereintritt normaler Wirtschaftsverhältnisse das Königreich gar sehr auf seinen nördlichen großen Nachbarn angewiesen ist. Man kann daher mit fester Abwägung ihres Wertes die gegenwärtige einschneidende Stellungnahme der Italiener gegen alles Deutsche als eine vorübergehende Erscheinung deuten, die unmittelbar vor den italienischen Wahlen auch damit begründet sein mag, daß die Regierungspartei in Betonung des nationalen Charakters in keiner Weise hinter den anderen zurückstehen will.

Man kann flüchtig über alle die letzten Klaffenden bedeutungsloser Blätter mit stillschweigender hinweggehen, die nur lokalen Charakter haben und für die Wahlen arbeiten. Aber man kann kaum einen derartigen Artikel unbeachtet lassen, wie ihn Benito Mussolini, der Direktor des „Popolo d'Italia“, am 30. April geschrieben hat unter der Überschrift „Mare e terra alle Deutsche“. Mussolini ist der Hauptklopfer der faschistischen Agitation und behauptet im Namen von 400 000 Faschisten zu sprechen, wenn er eine Flut von Drohungen gegen die Deutschen ausbreitet. Dies möge aber gleich festgestellt sein: Wenn Mussolini im Namen einer Armee solcher Faschisten spricht, wie sie sich in Wogen herborgehoben haben, Verbrechensplan und jugendlichen Lausgerichten, denen die väterliche Gerechtigkeit mehr not tate, als ihre theatralischen Romane, dann hat er nicht das Recht, auch nur einen Deutschen, sei es Arbeiter, Bauer oder Bürger, zu bedrohen. Ein Volk, das wie das deutsche, inmitten einer Schaar von Feinden, die jede Gelegenheit ergreifen, es noch mehr zu schädigen als bisher, sich nicht nur auf seiner Höhe behauptete, sondern durch zahllose Kämpfe bereits neue, unerschöpfbare Werte schaffte, ein Volk, das in der Industrie, in Handel und Gewerbe über dem italienischen stand, kann mit den faschistischen Fanatikern, deren Haupttätigkeit das Stabarmieren zu sein scheint, keine Vergleiche annehmen. Und wenn Mussolini es für notwendig hält, trotzig und drohend zugleich zu handeln, daß die Faschisten die Generation von Vittorio Veneto verdrängen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß dieses lahme Vittorio Veneto bekanntlich nicht durch italienische Tapferkeit, sondern durch den Verfall des österreichisch-ungarischen Heeres einen gewissen Raum in einem phantastischen Siegesphantom darstellt, zu dem es der Wortreichheit der Italiener gemacht hat. Vittorio Veneto und die Faschisten haben eines gemein: Beide bedeuten Erfolg gegen mangelhafte Verteidigung. Der Deutsche hatte bei Vittorio Veneto nichts mehr zu tun; seine Erinnerung an Venedig ist mit dem Namen Caporetto (Karlstein) verbunden, und diese Erinnerung sollen auch jene Leute nicht verbessern, welche eine Politik der Zukunft und nicht des verbliebenen Augenblicks treiben wollen. Es ist nicht notwendig zwischen Deutschen und Italienern solche für den einen Teil zu bittere Erinnerungen hervorzuholen. Wenn aber der andere Teil geflissentlich darüber hinweggeht und den deutschen Nationalstolz beleidigt, dann muß der Hebermut kurz, aber entschieden gebührend werden.

Mussolini gefällt sich in zwei Vergleichen: Er bellt es einerseits, daß die italienische Regierung in Deutsch-Südtirol nicht jene Methoden anwendet, wie die Franzosen im Elsaß. Aber warum zitierte der bekannte nationalistische Journalist nicht auch Korrika Saborno (die Seimata des Königshauses!) oder Maza? Weiß er nicht, daß diese gerühmten französischen Methoden den wirtschaftlichen Reichtum des Elsaß ruinieren haben? Will er der Regierung seines Staates das Gleiche anempfehlen und Deutsch-Südtirol, das einst reich war, durch die Verdrängung der deutschen Arbeit und des deutschen Geistes

des zugrunde richten und durch die Einführung des französischen „Systems“ zu einer Last der Staatsfinanzen machen? Ist der Politiker Benito Mussolini wirklich so kurzichtig, daß er in dem Staatsvertrage, den er so hoch schätzt, lieber ein verarmtes, aber italienisches als ein volkswirtschaftlich wertvolles, weil deutsches Südtirol hat!

Und weiter: Mussolini verlangt für die Deutschen jene Art der Behandlung, für die sie Verfallenen haben: Ordnung und Befehl, Disziplin und Unterordnung. Es ist Irrtum oder Selbstüberschätzung, wenn der Bublikist Mussolini etwas schreibt, was der Politiker gleichen Namens lächelnd ablehnen würde. Diese Art von „Beherrschung“ vertragen die Deutschen vielleicht sehr gut; aber das Wesentliche daran ist doch, daß nach dem alten Sprichwort „Wer nicht gehorchen kann, kann auch nicht befehlen“, zu einer solchen Regierungsart nur solche Leute berufen sind, die sie kennen und nach ihr handeln. Daß der Italiener, dessen „Liberalität“ nichts anderes ist als die österreichische Schlamerei in staatlich konzentrierter Form, berufen sein sollte, über den Deutschen mit deutschen Methoden zu herrschen, ohne sich diese zuerst selbst in ihrem tiefsten Gehalte angeeignet zu haben, das ist ein Unfug, würdig des Versailler Vertrages.

Mussolini ist enttäuscht, daß man in Berlin von der deutschen Grenze bei Salurn spricht und gibt vor, selbst im Namen jener großen Italiener zu handeln, die die Erreichung der italienischen Sprachgrenze als geheiligtes Vermächtnis hinterlassen haben! Spürt er den Widerpruch nicht, als er ihn niederstößt? „Erinnert er sich nicht mehr an die Straße „Trento e Trieste“, die genau andeutet, wo das Ziel der italienischen Irredenta war, erinnert er sich nicht mehr an all die zahllosen Sympathieherabsetzungen, die im Königreich für die unter Desterreich lebenden Italiener veranstaltet wurden? Und das deutsche Volk sollte nicht das Gleiche für die Grundertarntende seiner Volksgenossen tun? Ein Mann wie Mussolini sollte nicht den landläufigen Schwund von der ethnographischen, historischen und geographischen Brennergrenze mitmachen. Er sollte auch nicht den Herrgott heranziehen, der diese Grenze bläulich für Italien gefunden haben soll. Er soll klug und klar sagen: auf dem Brenner sind wir, weil uns ein glücklicher Zufall dort hingeführt hat, und dort bleiben wir — so lange es geht. Das wäre eine offene Sprache, die wir verstehen und begreifen könnten. Wenn man überzeugt ist, daß es zwischen Deutschland und Italien einen Weg der Verständigung geben muß und wird — dann wird man diesen Weg suchen und finden müssen. Aber er wird niemals dadurch gefunden werden, daß man im Namen von 400 000 Faschisten 70 Millionen Deutsche beleidigt!

Verborgene Zusammenhänge.

Wieder wie 1914 war Deutschland vor die Schicksalsfrage gestellt worden, ob es sich Unmöglichem unterwerfen, oder zu Unmöglichem Nein sagen sollte. Dennoch stand die Wahrscheinlichkeit nicht gleich. Bei dem „Nein“ konnte noch etwas gerettet werden, und dieses Etwas konnte in der Zukunft sehr viel werden. Unser „Nein“ wäre im tiefsten Grunde ein „Ja“ gewesen, ein endliches Ja weder zu dem besseren deutschen Selbst, das unsere Untertänigkeit bisher verraten hat. Ueber der rein wirtschaftlichen Einstellung, mit der die Reparationsfragen behandelt werden, vergißt man in der breiten Öffentlichkeit nur zu leicht, daß es sich hier um eine sittliche Frage handelte, um die Frage, ob überhaupt noch sittliche Werte in den zukünftigen Stadien der abendländischen Kultur gelten sollen oder nicht. Was aber in letzter Zeit durch die deutsche und die Ententepolitik Hand in Hand an sittlichen Werten verschleudert, an den letzten Resten des Rechtsgefühls gequälert worden ist, darüber ist bisher kein „Sachverständiger“ gefragt worden. Die deutsche Regierung ist Schritt für Schritt dahin gedrängt worden, die „äußerste Grenze“ der deutschen Leistungsfähigkeit immer weiter und weiter hinauszuschieben, so daß keinem Sachverständigen in diesem Punkte auch nur eine Spur von Glauben mehr zu schenken ist. Schlimmer noch aber als dieses ist die Tatsache, daß die deutsche Leitung grundsätzlich davon durchdrungen ist, daß von der „gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage der Friede und die Wohlfahrt der Welt“ abhängen, entschlossen war, das deutsche Volk bis zur äußersten, alleräußersten und nochmals alleräußersten Grenze der Leistungsfähigkeit anzuspinnen, d. h. mit anderen Worten, dem Frieden und der Wohlfahrt der Welt aufzuopfern, hauptsächlich, denn von dem Recht des deutschen Volkes auf Leben ist in keiner Weise mehr die Rede.

Das alles geschah unter der Voraussetzung der deutschen Schuld am Kriege, dieser furchtbaren und verhängnisvollen Sünde, die abzuschütteln keiner der europäischen Staatsmänner und kein Volk mehr die furchtliche Kraft zu haben scheint, obwohl ihre Herrschaft allen zum Verderben wird. Die deutsche „Regierung“ hat die letzten Verhandlungen geführt, als ob die Schuldfrage wahr wäre, und das deutsche Volk unter dieser lügenhaften Voraussetzung verpflichtet, die Schulden des Krieges ad infinitum abzutragen. So die Sachlage. In das Zentrum des ganzen europäischen sittlichen Frankheitskomplexes wird man nun aber hineingeführt, wenn man den Vorfall im Reichstag in seiner tieferen Bedeutung darlegt, jene Erklärung des Reichsministers Simons, wonach er im Präsidenten Harding nicht den Menschen, sondern das „Prinzip der Gerechtigkeit“ selbst angerufen habe. Auf die Frage, ob es unwürdig sei, diesem „Prinzip der Gerechtigkeit“ die Entscheidung über das ganze Schicksal des deutschen Volkes zu übertragen, antwortete die Rechte des Hauses mit „Ja“, die Linke mit „Nein“. Das deutsche Volk steht somit in der Frage der sittlichen Grundbegriffe in zwei entgegengesetzten Lagern. Wäre also eine „Verständigung“ mit dem Prinzip der Gerechtigkeit zustande gekommen, so wäre die Linke wahrscheinlich leicht zufrieden gewesen, und die deutschen Arbeiter hätten ihre Fronarbeit angetreten, als billig und gerecht. In den Anderen hätte die Scham und die Empörung gebrannt, denn niemals können sie anerkennen, daß das deutsche Volk moralisch verpflichtet sei, die Schäden des Krieges wiedergutzumachen.

Die Reparationsfrage dreht sich, eng verbunden mit dem „Prinzip der Gerechtigkeit“ um Geld. Mit Geld soll das deutsche Volk die Schuld und die Schulden des Krieges bezahlen mit Zins und Zinseszinsen. Ist es nicht so bezeichnend, daß man Geld und wieder nur Geld von Deutschland will, und das, obwohl dieses Geld den Ententevölkern selbst gar nichts nützen würde! Zeigt das nicht deutlich, daß auch die Ententevölker unter der Herrschaft jener Macht stehen, die den Krieg finanzierte und verlängerte? Neue Häuser durch deutsche Arbeit würden Frankreich mehr nützen, als Geld, aber die Herrscher Frankreichs wollen das nicht, sie wollen Geld, sie, die das Geld der französischen Späcker in Frankreich angelegt hatten und so Frankreich zum Krieg an Rußland keteten, die Anleihe über Anleihe in England und Amerika aufnahmen, damit das ausgeblutete Frankreich den Krieg fortsetzen konnte. Und alle Jöhden dieser Weltmächte, der Internationale, die die einzige ist, welche wirklich und tatsächlich besteht und zusammenhält über alle Grenzen hinweg, lassen sie nicht zusammen in Amerika, dem Sitz des Prinzips der Gerechtigkeit und des internationalen Kapitals, aus dessen Quellen Wilson den Krieg unterließ und verlängerte? Wie launete nun aber der Ruf, mit dem Wilson Amerika in den Krieg hegte, mit dem er die Völker aufbeistete, die Leiden des Krieges mit seinen sich immer steigenden Grenzen auf sich zu nehmen? Man kennt die Lösung, man kennt den Betrug, er hieß: „Krieg dem Kriege“, Fortsetzung des Krieges, bis ein „gerechter“ Friede geschlossen werden kann. Hier laufen die Beziehungen des Pazifismus und des internationalen Kapitals zusammen, und hier muß sein Zusammenhang mit der Kriegsverlängerung aufgeleitet werden. Jeder Mensch gewunden Verstandes sieht ohne weiteres ein, daß die Lösung: Krieg dem Kriege, eine Politik, die einen ausgebrochenen Krieg zum letzten aller Kriege machen will, notwendig und zwangsläufig den Krieg ins Unendliche verlängern muß. Einen echten Pazifismus erkennt man aber unfehlbar daran, daß ihn dieser Gedanke nicht begreift, zu machen ist, man erkennt ihn an seiner Unfähigkeit, die Tatsache ins Auge zu fassen und in seinen Urteilen in Rechnung zu ziehen, daß die Welt- und Völkernationalisierungen Wilson den Krieg verlängert haben. Ein Pazifist wird immer ängstlich betonen, daß Amerika, indem es sich zum ersten Kriegstage an durch Granatlieferungen an der Lösung deutscher Menschen beteiligte, das „formale“ Recht der Neutralität nicht verletzte. (Man lese daraufhin die Verhandlungen des Unterwiesungsamtschusses.) In dem Pazifismus wird nicht die Idee eines ewigen Friedens befaßt, soweit sie sittliche Aufgabe ist, nicht das Ideal einer Gemeinschaft gleichberechtigter Völker, auch nicht die Sarmlosigkeit, die meint, wenn man den Kindern kein Soldatenspielerzeug mehr gäbe, würden die Kriege aufhören, nein, es wird der Betrug bekämpft, der mit diesem Glauben, der Friedenssehnsucht und dem Idealismus getrieben wurde und noch getrieben wird. Es wird der Pazifismus bekämpft, der mit dem Ruf: Krieg gegen den Krieg die Völker weiter gegeneinanderbeißt, die Völker gegen Deutschland, Deutsche gegen Deutsche, und das alles im Dienste jener Macht, die sich zwischen die Völker schiebt, der Internationale des Geldes.

Massen eine Politische Hochschule zu gründen, die eine Sammelstelle aller Parteien werden sollte. Hier trat also dem Plane der „Jungen“ scheinbar auf gleichem Boden stehend der innerlich starkste Gegensatz gegenüber, eben jener auch die letzte Aktivität aufhebende Gedanke einer reinen Lehrermittelung ohne bestimmte Verantwortung in den Grenzen der bestimmten politischen Tat. Um so nachdrücklicher und zielstrebiger wurde von unserem Kreise der folgende Arbeitsplan entworfen und allmählich zur Ausführung gebracht:

III.

An die Spitze des Politischen Kollegiums trat Martin Spahn, der bekannte Historiker der Universität Straßburg, der bereits in seiner Person vorbildlich die Vereinigung von verantwortlicher Aktivität und weltanschaulicher Vertiefung darstellt. Besonders sei gestattet, gerade an seine Wirksamkeit im Elsaß zu erinnern, wo er durch geistige Mittel im eigentlichen Sinne politisch wirkte und damals und vielleicht auch für die Zukunft in dem Grenzlande für das Deutschland, vor allem in der elbsässischen Jugend, wichtige Positionen gewann. Er übernahm die Hauptlast der Vorlesungen, die in Außenpolitik, in die Gebiete der politischen Verwaltung, in die wirtschaftlichen Selbstverwaltung, in die nur allzu lehrreiche deutsche Parteigeschichte usw. einfließen, und deren gemeinsame Richtung darin besteht, für ein Bestimmtes, dem neuen deutschen Staatsaufbau aus der Vergangenheit kräftigende Lehren herauszusuchen und aus den schon bestehenden Organisationsformen die hoffnungsvollsten für das politische Bewußtsein herauszuarbeiten. Welches ist natürlich nur möglich, im Rahmen streng sachlicher und dabei umfassender Stoffauslese. Für die Vorlesungen wurden außerdem Männer der Praxis zur Mittelung über ihr Tätigkeitsfeld herangezogen, wobei die Voraussetzung nie fehlen durfte, daß sie sich nur sachlich führend, sondern auch politisch verantwortungsbewußt im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung waren.

Wenn die Vorlesungen die allgemeine Belehrung geben, so dienen fünf Arbeitsstellen, die dem Politischen Kollegium eingegliedert sind, zur Vertiefung, Sichtung und Durchdringung besonderen politischen Stoffes auf den dringlichsten Fragegebieten sowie zur Bewältigung besonderer politischer Aufgaben im ausgewählten Mitarbeiterkreise.

In der Arbeitsstelle I behandelt Max Silberstein die Nationalitäten- und Stammesprobleme und bringt diese Fragen in Beziehung zu den weltpolitischen Faktoren des Nationalismus, Irredentismus und Föderalismus.

In der Arbeitsstelle II bearbeitet Heinrich Herrhardt, der in seinem Buche über „Das Problem der Berufsständischen Vertretung von der französischen

Revolution bis zur Gegenwart“ ein Zeugnis seiner den politischen Gegenstand aufschließenden Arbeit abgelegt hat, die Fragen der heraufschleichenden Vertretung in ihren verfassungspolitischen Konsequenzen.

In der Arbeitsstelle III haben Fritz Wenzel und Fritz Ehrenforth die Probleme der Bevölkerung- und Siedlungspolitik zu bearbeiten begonnen, ein Gebiet, auf dem sich der Mangel an politisch ausgebildetem Nachwuchs besonders empfindlich bemerkbar macht.

Die Arbeitsstelle IV ist unter Anleitung organisierter Gewerkschaftskreise geschaffen worden, um dem Studium des Parteiwesens zu dienen, eine Frage, die gerade für die Gewerkschaften von unmittelbarer Bedeutung ist.

In der Arbeitsstelle V werden Fragen der Außenpolitik mit besonderer Teilnahme Martin Spahns behandelt. Karl Hoffmann hat dabei die Zusammenfassung des Materials zur Aufgabe, Moeller von den Grundideen zur Aufwertung des Weltkrieges und im Zusammenhang damit die Bearbeitung der Schlußfrage, Edward Stadler die Bearbeitung der Folgen des Versailler Vertrages usw.

Für die Arbeitsstelle VI hat Paul Fechter den besonderen Auftrag, den Einfluß der Literatur, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitungs-Journalismus, auf die Bildung der öffentlichen Meinung und auf die Entstehung von Massenmeinungen zu prüfen.

Schließlich werden auch die Mitglieder in den für den politischen Kampf unentbehrlichen Mitteln der Publizistik und der öffentlichen Rede praktisch gefördert. Ein besonderer Zeitungsdienst vermittelt der Presse Aufträge, die von den Mitgliedern im Sinne der gemeinsamen Richtung zu politischen Angelegenheiten verfaßt werden. Vor allem dient die Wochenzeitung der parteifreien „Ring-Bewegung“, das von Edward Stadler herausgegebene „Gewissen“ der Verbreitung der Ideen des Kreises. Für rednerische Wirksamkeit wird durch eine praktische Organisation gesorgt, die Vorträge im Sinne der Bewegung vermittelt.

IV.

In den Kreisen, die sich bisher an das Politische Kollegium angeschlossen haben und von ihm immer stärker angezogen werden, ist Jugend die Grundkraft. Die Mitglieder des Kreises stehen zumeist in einem besonderen Beruf, und fast ein jeder steht bereits an einer Stelle, wo er in seiner bestimmten Praxis dem gemeinsamen Ziel dienen kann. Sie eledern sich ein in die verschiedensten Organisationen und betonen schon da-

*) Vergl. auch das vom Verlag „Gewissen“, Berlin W. 30, Rosstr. 22, unentgeltlich erhältliche Merkblatt des „Ringes“.

durch, daß es ihnen überall auf die körperliche Durchführung der Welt- und Staatsaufgaben ankommt. Viele haben mit den gegebenen Parteien von der Rechten bis zum radikalen Sozialistischen Flügel in Verbindung. Sie kommen aus allen Teilen Deutschlands und suchen auch in dieser Hinsicht nicht das Besondere zu verwischen, um das Allgemeine zu vertreten, sondern vielmehr das Besondere zu steigern, um das gemeinsame Ganze zu erfüllen: als Alt-Preußen, als Rheinländer, als Hanseaten und Niederländer, als Bayern, Thüringer und Oesterreicher, als Schwaben, Balten und Elbfläcker suchen sie die politischen Ueberlieferungen und Eigenarten ihrer Stämme bewußt aufrechtzuerhalten, damit das gemeinsame und ganze Deutschland um so kräftiger und mannigfaltiger werde. Besonders bemerkenswert ist, wie sich ein ausgebrochener Katholizismus und ein ausgebrochenes Lutherium in einzelnen Mitgliedern fruchtbar zeigt und wiederum in dem gemeinsamen deutschen Glauben sich ergänzt und vereint.

Jedes der Mitglieder ist sich bewußt, daß es sich hier um Anfänge handelt, die eine lange und schwere Bewährung noch vor sich haben. Aber ein anderer Weg ist nicht möglich. In der politischen Bildungsarbeit entwickelt sich nur von einem innersten Kern ausgehend die Sicherheit des Willens, auf die es ankommt. Die nächste Aufgabe des Politischen Kollegiums aber wird sein, in der eingeschlagenen Richtung weiter voranzutreiben, d. h. den geistigen Einfluß auszuweiten und ihn inhaltlich zu erfüllen, überall aber an die besten Errungenschaften des deutschen Geistes anzuknüpfend. Darum wird unter Geistlichen, aber auch fordernd auf die wissenschaftlichen Lehrer an den deutschen Hochschulen. Wie die „Jungen in der Politik“ vom politischen Willen aus den notwendigen Schritt zum Geistes getan haben, erwarten sie, daß von den Pflegern des Geistes aus der Schritt zur Tat gelänge. Viele von ihnen wissen, daß ganz als innerer Vorkurs der deutschen Wissenschaftsentwicklung aufgefaßt, sich an diesen Punkten eine Wandlung ankündigt von einer rein spezialistischen Stoffanhäufung zu einer aus lebendiger Geistesfreiheit genährten Uebertragung des Menschlichen und der Welt. Darum ist zu hoffen, daß in dieser Richtung besonders für die gesellschaftlichen, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sich eine fröhliche Anschauung aller gesellschaftlichen und staatlichen Werte als Lebenskräfte durchzieht. Dann werden sich gewiß auch die besten Lehren von den Universitäten finden, die sich mit der aktiven Jugend zusammenfinden und allmählich das Politische Kollegium in eine Politische Akademie verwandeln, in eine Akademie nach wahren platonischen Sinne, wo die Schär der ewigen Ordnung und die Tat in der zeitlichen Ordnung keine getrennten oder gar feindlichen Spezialfunktionen, sondern Auswirkungen eines lebendigen Gemeinschaftswesens sind.

Die Welt „Krieg gegen den Krieg“ finanziert und deren „gerechte und billige“ Lösung für die „Wohlfahrt der Welt“ darin besteht, daß das deutsche Volk die Schulden dieses Krieges bis zur ins Unendliche dehnbaren Grenze seiner äußersten Leistungsfähigkeit abzahlen soll. Das alles kann nur geschehen, weil die deutsche pazifistische Politik bewußt oder unbewußt, schiebend oder geichoben, auf die „Verständigung“ mit dem Pazifismus der Entente, d. h. mit den Interessen des internationalen Kapitals, eingestellt, immer mehr die Tatsache vergaß, daß ein unerbittlicher Vernichtungswille im deutschen Volk sowohl den stillosen Gedanken des Friedens wie des lebendigen Rechts trifft, sagt und tört und die Verantwortung am Kriegesverlängerung trägt. Wer an den lebendigen Menschen denkt, wer an das unglückliche deutsche Volk denkt und nicht an das tödende Prinzip der Gerechtigkeit für den ist alles, was in den letzten Jahren und Wochen geschah. Umkehrung aller Rechts und Umkehrung aller stillosen Begriffe.

Emmy Voigtländer.

Sportliche Jugenderziehung.

Nur uns in Westdeutschland ist die Frage klar, ob die sportliche Jugenderziehung, d. i. die organisierte Erziehung der jungen Generation bis zum Alter von achtzehn Jahren zum Zweck der erzieherischen Leistung, das Ergebnis einer durch die neue Zeit an den Sport gestellten Anforderung ist. Wir hatten allerdings vor dem Kriege auch Jugendliche, sogar sehr viele Jugendliche in unseren Vereinen, kannten auch Jugend- und Schülermannschaften, aber die methodische Anwendung der im Leibespiel liegenden Kräfte zur systematischen Erziehung war uns damals noch fremd. Wir liebten die jugendlichen Fußballspiele, wie sie wollten. Wir gaben ihnen die Gelegenheit dazu, ohne uns im Einzelnen der erzieherischen Kraft des Fußballspiels und damit der Verantwortung bewußt zu sein, die die Vereinsleitungen hatten. Die methodische sportliche Erziehung setzte zuerst ein, als der Zusammenbruch des Weltkrieges und die zersetzende anarchische Eigenkraft der Weltkriegsauflösung auch die gesunden Triebe der Gemeinschaftsbindung und des daraus entspringenden Willens zum positiven Aufbau mit zu verwüsten drohten und als starke und gesunde Kräfte die unter dem Chaos wirkenden Wiederaufbaukräfte freizulegen suchten. Gegenüber dem mit dem Zusammenbruch am Weltkrieges hemmungslos einsetzenden Kampf aller gegen alle, der die schon lange bestehenden Gegensätze im Volkstreiben bis zur vollkommenen Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung zu vergrößern drohte, gebot der Lebensdrang der Nation und die Verantwortung vor der Zukunft des Volkes, alle Kräfte zu wecken und in den Dienst einer Erneuerung der völkischen Gemeinschaft zu stellen. Da bot sich denn die Sportbewegung mit ihren natürlich erwachsenen, starken Gemeinschaftsbindungen und mit ihrem Antriebe zur selbstverantwortlichen Leistung des Einzelnen dem ordnungsbegehrenden Augenblick dar. Sie erhielt die Weihe der Schicksalsbestimmung. Nicht mußte die Sportbewegung ein Feld in der brandenden Auflösung der Weltkriegsauflösung werden, und wurde es auch. Ein Feld, an dem sich die halbtot gewordenen atomistischen Bestandteile einer zusammengebrochenen formalistischen Gesellschaftsordnung anklammern konnten. Und diese Sammelbewegung mußte beruhen auf die starken Schultern einer durch keinerlei Ideologie angekränkelten Jugend geleitet werden. Damit war der sportlichen Jugenderziehung eine neue große Aufgabe gestellt, die sie vor dem Kriege nicht kannte.

Ein Weiteres kam hinzu, was den Sportgedanken ebenfalls in ein neues praktisches Ziel spannte, die Erziehung der jungen Generation zur selbstverständlichen Tat, zu positiver Leistung, zu bewusster Führerschaft. Gerade die Zeit des Zusammenbruchs am Weltkrieges, die Zeit der Räte und Kom-

mmissionen, die Zeit der Nachwirkung der Kriegsschicksale, des Defaitismus, offenbarte an den Stellen, wo ein Platz für die Schwachen sein sollte und erwartet wurde, einen katastrophalen Führermangel. Wohl in keiner Zeit der Geschichte Deutschlands ist der Gegensatz zwischen der Größe der zu lösenden Probleme und dem Ausmaß der ihre Lösung bewirkenden anmaßenden Verantwortlichkeiten krasser gewesen, als in der gegenwärtigen „deutschen Revolution“. Am besten Falle Spielereien, waren die „Führer des deutschen Volkes“ zufrieden mit taktischen Tageserfolgen und wurdelten von Frage zu Frage aus einer Fraktionslösung in die andere, um schließlich alle Fragen in Dutzenden von ad hoc gebildeten Kommissionen verhandeln zu lassen. Keine Tatmenschen von innerem Verantwortungsdrang gerieben, die mit fester Hand in das Chaos hineinariffen, ließen die beamteten Leiter des Staates den Karren am Rande des Abgrundes laufen im Vertrauen auf — ja worauf? Auf vierzehn Punkte oder den blinden Zufall.

Da griff das Volk zur Selbsthilfe. Aus der Not der Zeit wurde das Gemeinschaftsband der starken Seelen geschmiedet und ohne Worte ein Bund der Tat geschlossen, auf den sich alle blickten und der Zukunft der Nation gegenüber sich verantwortlich fühlenden Männer fräftigstweidig vereidigten. Die alte Generation hatte enttäuscht. Nur die junge Generation kann noch helfen und den Staatswagen vor dem drohenden und vernichtenden Absturz in die Tiefe retten. Hier nun setzte die Sportbewegung ihre bis dahin unbewußte Kraft an. Sie ergriff den fräftigsten Teil der Nation, die Jungen, und spannte ihren Willen in das Ziel nationaler Selbsterhaltung. Sie benutzte den Sportgedanken bewußt zur Erziehung von Leistungsmenschen, von Führerpersönlichkeiten. Das ist der zweite Grund, warum die sportliche Jugenderziehung als Neuland zu betrachten ist.

Auf dem ersten Verbandstages der Westdeutschen Spielverbände, in den dunkelsten Tagen nationaler Selbsterziehung unseres Volkes, wurden diese Gedanken zum ersten Male öffentlich ausgesprochen und den damaligen Trägern einer stillen Staatsgewalt mitgeteilt, deren von den seelischen und ängstlich erwarteten außen- und innenpolitischen Schlägen verschütteter Selbstbehauptungswille und deren vor hohemwärtigem Terror und imperialistischer Willkür ständig wachsende Nervosität und innere Haltlosigkeit ein fräftiges Zugreifen der zur Stütze ihrer Autorität dargebotenen Hand nicht zuließ. Das Feld der inneren Sammlung aller positiven Wiederaufbaukräfte war das Neuland, auf dem sich der Sportgedanke bewußt betätigte. Josef Klein.

Hilfsmittel der Politik.

Man schreibt uns: Die wichtigsten Verhandlungen, an denen Völkerverständnisse hängen, scheitern oft daran, daß die Verhandlungen einander nicht kennen. Sie kennen ihre diplomatischen Masken; der Charakter, der sich dahinter verbirgt, ist ihnen in seinen feineren Regungen, auf die es gerade ankommt, verborgen. Es wird uns Deutschen beständig vorgeworfen, daß wir die Mentalität der Feindvölker nicht kennen, mit anderen Worten: sie psychologisch falsch beurteilen und behandeln. Mag sein. Wichtig ist mir die Frage, ob wir psychologisch richtig die Vertreter der Feindvölker anpacken, mit denen allein wir es in den großen politischen Angelegenheiten zunächst und unmittelbar zu tun haben. Darauf kommt es im höchsten Maße an. Denn sie führen die Völker, bestimmen ihre Bestimmung und Denkungsart.

Es gilt den Charakter, die Mentalität der Führer durch alle Masken hindurch zu erkennen. Fotogrammetrien der Seele und des Intellekts von sehr großer, wenn auch nicht absoluter Überverlässigkeit können wir durch das Mittel der Physiognomie und Graphologie herstellen, ohne das Objekt zu

berühren, ja sogar ohne sein Wissen. Brauchbare Physiognomien und Graphogramme von exponierter Persönlichkeit sind stets erreichbar.

Interessant ist es, daß von E. C. Couvins, dem Präsidenten der britischen Chronologischen Gesellschaft, in der englischen Monatschrift „Foreign Affairs“ vom April d. J. Auswertungen der Räte von Lenin, Trotzki, Sinowjew, Dzerzinski und Kameneff demer er ganz vorzügliches Charakter und geistige Potens dieser Männer. Die Methode ist einfach: Gemalte oder gemischte Porträts sind unbrauchbar, weil nicht echt. Aber darauf kommt es hier nicht an. Wenn die Fälschung einer derartigen Charakterbestimmung führung der Politiker und ihre Veröffentlichung in einem Blatt das äußerliche Politik hat, ist sehr bemerkenswert. Die Methode macht dieses Verfahren in den britischen Verhältnissen aus. Und hat es erst einmal den Stempel des englischen „Foreign Affairs“, dann wird es das deutsche wohl auch übernehmen und durch recht viele Verfügungen in ein Schema hineinzwängen, das es praktisch unbrauchbar macht. Dem sollte durch Privatinitiative zuvorgekommen werden.

W. Führig.

Verlagsnachrichten. Werbepremie.

Die Herausgabe von Stadlers „Die Diktatur der sozialen Revolution“ als Werbepremie hat in den Kreisen unserer Bezahler so guten Anklang gefunden, daß uns nahegelegt worden ist, den auf Ende April 1921 festgesetzten Endzeitpunkt hinauszuschieben. Die Auswertung dieser Werbepremie hat zur Folge gehabt, daß viele Bezahler ihre Werbepremie wieder angenommen haben; wir glauben deshalb, dieses freundliche Interesse fördern zu sollen, indem wir den Wünschen unserer Bezahler entgegenkommend folgendes festsetzen:

Jeder eingetragene Zahresbezieher, der dem „Gewissen“ bis Ende Juni 1921 einen neuen Zahresbezieher mitbringt, erhält entweder 10 Mk. als Werbepremie auf Ringkonto gebracht, oder auf besonderen Wunsch Kosten- und portofrei:

Stadler, Die Weltkriegsrevolution (Gebundenpreis 22,50 Mark).

Diese Sammlung der Revolutionsvorträge unseres Herausgebers stellt ein treffliches geistiges Hilfsmittel zur Bekämpfung des Kapitalismus dar und dürfte unseren Ringmitgliedern eine wertvolle Bereicherung ihrer Bücherreihe sein.

Bücherpreise.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß die in unserer früheren (restlos angegebenen) Werbepremie Ring und Gewissen, in unserem Merk- und Werbeblatt und in unserer Schriftenübersicht („Der Ring“, Schriften unserer Mitarbeiter) angegebenen Bücherpreise noch immer Schwankungen ausgesetzt sind. Die Verleger nehmen nicht nur einen Verlegerenerkungszuschlag (in der Regel 100 %), sondern der Preisunterschied ist bei der Ausgabe von neuen Auflagen mitunter größer als 100 %. Wir weisen die bei uns bestellten Bücher keinesfalls teurer als die Sortimentsbuchhändler, sondern wir berechnen im Gegenteil unseren Bezahler mehr Vorbe, noch Verpackungskosten, vorangesetzt, daß der entsprechende Betrag vorher unserem Postfachkonto Berlin 816 54 überwiesen wurde. Sämtliche im Gewissen angezeigten Bücher können durch unseren Verlag bezogen werden.

Das Politische Kolleg.

Die Räume des Politischen Kollegs bleiben bis einschließlich Dienstag, den 17. Mai, geschlossen; der nächste Informationsabend findet Dienstag, den 24. Mai, statt.

Verlag: „Gewissen“, Berlin W 30, Mohrstr. 22, Fernsprecher Lühov 9820. Verantwortlicher Schriftleiter: Werner Wirths-Berlin. Druck: Arthur Lehmann, Berlin SW 11, Königgräber Straße 40/41. Manuskriptentworfungen sind frei zu machen (80 Pfg. Porto bei über 20 g, 120 Pfg. über 100 g im Fernverkehr). Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn vollständiges Rückporto beigelegt ist.

Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich. Bezug: Durch die Post M. 6.— vierteljährlich (ab 1. Juli 1921: M. 9.—), Jahresbezug M. 20.— (ab 1. Juli 1921 M. 23.—) bei unmittelbarer Bestellung beim Verlag. Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens“ erbitten wir uns unter der Anschrift: „An den Verlag „Gewissen“, Berlin W 30, Mohrstr. 22.“ Geldsendungen erbitten wir auf Postfachkonto „Berlin 816 54 Verlag Gewissen“ oder auf unser Konto bei der Deutschen Bank, Berlin-Schöneberg, Martin Lutherstr. 7. Anzeigen: Die 7 gespaltene Nonpareillezelle M. 2.—. Die 3 gespaltene Reklamezelle M. 6.—.

(Ort): _____ den _____

Bestellschein.

(Aus schneiden, ausfüllen und mit 15 Pfg. freigemacht als Druckfache unter Umschlag senden an den Verlag „Gewissen“, Berlin W. 30, Mohrstraße 22.)

Wenn Mitteilungen angefügt werden, als Brief mit 40 Pfg. (Stadtbrief) bezw. mit 60 Pfg. (für Auswärtige) freigemachen!

* Herr — Frau — Fräulein _____

(Vor- und Zunamel): _____

Eland oder Beruf bezw. Titel _____

Wohnung: _____
(Bitte recht deutlich schreiben!)

Bestellt hiermit zu sofort. Lieferung auf Veranlassung von _____

Gewissen

Wochenzeitung für politische Bildung

für ein Jahr für 20 Mk. Bezugsgehalt

*) Das Bezugsgehalt habe ich auf Postcheckkonto Berlin 816 54 Verlag „Gewissen“ eingezahlt.

*) Das Bezugsgehalt bitte ich von mir einzufordern.

*) Nichtzutreffendes bitte streichen!

Alpenländische Monatsschrift

„DEUTSCHES SÜDLAND“

Das Bindeglied zwischen den Alpenländern und Deutschland

ZEITSCHRIFT

für verlorenes Gebiete des deutschen Südens

Beiträge aus allen Alpenländern, Deutschland, der Schweiz insgesamt 60 Seiten

Im Falle unmittelbarer Bestellung bei der Verwaltung in Klagenfurt das Heft Mark 5.—, vierteljährig Mark 15.—

Neue Enthüllungen aus jüngst erschlossenen Quellen

Der mißverstandne Bismarck



ZWANZIG JAHRE DEUTSCHER WELTPOLITIK VON OTTO HAMMANN EHEMALS CHEF DER PRESSE-ABTEILUNG D. AUSWÄRTIGEN AMTS

Preis gebunden 24 Mark

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61

Die Weltkriegsrevolution

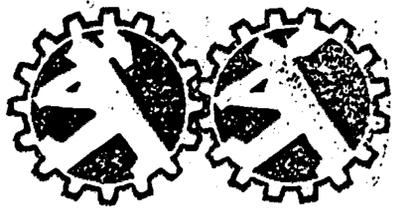
Vorträge von Dr. E. Stadler Preis 2,50 Mk. einschl. Steuerzuschlag

K. F. Koehler, Verlag, Leipzig.

Ueber die Grundzüge und Ziele

der wirtschaftlichen und sozialen Aufbau-Arbeit unterrichtet durch ihren gediegenen und reichhaltigen Inhalt parteilos und in anerkannter Überverlässigkeit die Zeitschrift für Volk, Arbeit und Aufbau

„Die Räder“



ein beachtenswertes Organ

vollwirtschaftlich-technischer Eigenart welches zeigt, wo die hauptsächlichsten Schwädigungen des Wirtschaftslebens liegen, wie sie zu beheben sind. Führende Männer der Industrie und Technik, Minister, Gelehrte, aber auch Arbeiter, Gewerkschaftsführer usw. nehmen als Mitarbeiter zu allen technischen, sozialen und vollwirtschaftlichen Fragen der Zeit Stellung. Am 1., 10. und 20. jeden Monats erscheint ein Heft, etwa 20 Seiten Umfang, Einzelpreis 1,50 Mk. Bezugspreis jährl. 50.— Mk. (vierteljährl. 12,50 Mk.)

Überzeugen Sie sich durch die Probepbände (ca. 130 Seiten stark) zum Preise von nur 5.— Mk. von der Notwendigkeit, diese Zeitschrift lesen zu müssen.

Räder-Verlag G. m. b. H., Berlin W 57 Potsdamer Straße 83 c

Der Spiegel

Beiträge zur sittlichen und künstlerischen Kultur

Herausgegeben von Robert Prechtl

Jahrgang II Heft 23/24 2 M.

Der Deutsche Phönix

enthaltend:

Fritz Haber: Ueber Wissenschaft und Wirtschaft

Karl Oppenheimer: Deutsche Chemie

Wichard von Moellendorf: Die Nation als wirtschaftliche Einheit

Rudolf Eucken: Der schaffende Mensch